

Die PIRATEN haben sich eindeutig positioniert: Deutschland braucht eine zeitgemäße Drogenpolitik! Wie so etwas aussieht, kann man in unserem Programm nachlesen. Deshalb brauchen wir dringend eine starke Piratenfraktion im Bundestag. Denn PIRATEN werden sich nicht auf Abstimmungsrituale einlassen, sondern konsequente Sachpolitik für die Menschen machen.

INFORMIER DICH

Wenn Du mehr darüber wissen möchtest, wie wir PIRATEN die Drogenpolitik verbessern wollen, dann bekommst Du hier einen Überblick:

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik/Programm

ZUM WEITERLESEN

Das ganze Wahlprogramm der Piratenpartei als PDF:

<http://pir.at/wahlprogramm2013>

GEGEN BEVORMUNDUNGSPOLITIK - FÜR SELBSTVERANTWORTLICHEN UMGANG MIT DROGEN.

DAS FORDERN DIE PIRATEN:

WIR SIND FÜR

- ⊕ einen besseren Jugendschutz
- ⊕ Aufklärung und Beratung der Konsumenten
- ⊕ mehr Qualitätskontrolle und Verbraucherschutz
- ⊕ frühzeitig ansetzende Therapiemöglichkeiten
- ⊕ die Eindämmung von Kriminalität

WIR SIND GEGEN

- ⊖ unnötige Gesundheitsrisiken
- ⊖ die Kriminalisierung und soziale Ausgrenzung von Konsumenten
- ⊖ unkontrollierbare Schwarzmärkte



PIRATENPARTEI
Deutschland

WWW.PIRATEN-ZUR-WAHL.DE

Das ganze Wahlprogramm: <http://pir.at/wahlprogramm2013>

V.i.S.d.P: Bernd Schlömer, Piratenpartei Deutschland, Pflugstr. 9a, 10115 Berlin

SUCHTPOLITIK STATT DROGENKRIEG



**PIRATEN
WÄHLEN**

GUTE ANSÄTZE WELTWEIT

In der Welt hat sich viel getan. Zwei US-amerikanische Staaten (Washington und Colorado) haben per Volksentscheid beschlossen, Cannabis weitgehend zu entkriminalisieren. Und die Niederlande schaffen stufenweise den Wietpas (Cannabis-Pass) wieder ab, weil die Einführung den illegalen Handel befördert hat: Menschen lassen sich ungern als Kiffer registrieren. Das sind kleine, erste Schritte auf dem Weg zu wirkungsvollen Maßnahmen gegen den internationalen illegalen Drogenhandel und das organisierte Verbrechen. Schritte, die helfen. Schritte, die beim Konsumenten ansetzen.

ABER NICHT HIER

Und bei uns in Deutschland? Alle paar Monate erleben wir ritualisierte Anhörungen im Bundestag, in dem Experten eindeutig Stellung beziehen und der zuständige Ausschuss dann mit den Stimmen von Union, SPD und FDP die Ablehnung fortschrittlicher Anträge vorschlägt, dem das Plenum dann wenig später in einer ebenso ritualisierten Abstimmung folgt.

ÜBERALL SCHEINMASSNAHMEN

Drogenabhängige, jugendliche Erstkonsumenten werden so weiterhin dem organisierten Verbrechen überlassen. Dass sie dabei durch verunreinigte Substanzen schweren Gesundheitsrisiken ausgesetzt werden, wird dabei nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern durch künstliche Hürden für risikominimierende Maßnahmen (Drug Checking) bewusst gefördert. Dies sind keine Maßnahmen gegen Drogenmissbrauch!

BEISPIEL PORTUGAL

Deutschland sollte sich als ersten Schritt ein Beispiel an Portugal nehmen. Dort wurde die notwendige Entkriminalisierung der Konsumenten weitgehend umgesetzt.

Statt in Verfolgung wird in Prävention investiert, auch und besonders in den Schulen. Und während bei uns im Bundestag die Abstimmungsrituale weitergehen, erntet Portugal inzwischen die Früchte dieser mutigen Arbeit: Gerade Jugendliche weisen geringere Kurzzeit-Prävalenzen auf und gewinnen ein besseres Bewusstsein für die Gefährlichkeit von Rauschmitteln. So sehen wirksame Schritte gegen Drogenmissbrauch aus!

UNSERE DROGEN- UND SUCHTPOLITIK

Die Politik der Piraten wirkt riskantem Drogengebrauch durch Prävention entgegen und hilft Risiko-Konsumenten und Schwerstabhängigen durch Therapieangebote. Der Gesetzgeber soll dabei einen effizienten Jugend- und Verbraucherschutz sicherstellen. Drogenpolitik muss zu selbstverantwortlicher und sozialverträglicher Genusskultur befähigen. Vorurteile sollen mit frühzeitiger Prävention abgebaut werden, die wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen.

EIGENGEBRAUCH ENTKRIMINALISIEREN

Besitz, Anbau und Herstellung psychotroper Substanzen für den Eigengebrauch müssen komplett entkriminalisiert werden. Das Betäubungsmittelgesetz muss so angepasst werden, dass es einen Schutz vor Fremdschädigung bietet, ohne die Freiheitsrechte des Einzelnen einzuschränken. Wir fordern Modellversuche für lizenzierte Fachabgabestellen für den Verkauf aller psychotropen Substanzen. Jugendliche dürfen dort keinen Zutritt haben. Qualifiziertes Personal soll Beratung zu verantwortungsvollem Gebrauch anbieten.

VERBRAUCHERSCHUTZ UND QUALITÄTSKONTROLLEN

Alle angebotenen Substanzen sollen dem Verbraucherschutz und entsprechenden Qualitätskontrollen unter-

liegen. Zum Schutz vor gefährlichen Beimischungen und anderen Risiken fordern wir bessere Möglichkeiten zur Analyse von Substanzen (Drugchecking) und eine Online-Meldestelle.

ALKOHOL UND TABAK SIND DROGEN!

Ein absolutes Werbe- und Sponsoringverbot für alle Drogen, also auch für Alkohol und Tabakprodukte, ist ein wichtiger Baustein der Prävention und damit unserer gesamten Drogenpolitik. Bei allen Produkten, die Alkohol enthalten, ist der Alkoholgehalt deutlich zu deklarieren. Die Tabaksteuer soll in eine zweckgebundene Abgabe umgewandelt werden, die für Suchtprävention investiert wird. E-Zigaretten dürfen nicht als Tabakprodukt in die Raucherecke verbannt werden. Sogenannte „Liquids“ dürfen nicht zu Arzneimitteln erklärt werden.

MEDIZINISCHE ZUGANGSHÜRDEN SENKEN

Den Zugang zu medizinischem Cannabis wollen wir erleichtern. Die Kosten für diese Medikamente müssen von den Krankenkassen übernommen werden. Jeder Heroinabhängige muss die Möglichkeit haben, am Diamorphinprogramm (synth. Heroin) teilzunehmen. Dafür müssen die Zugangshürden gesenkt werden. Generell muss sich an den Vorschriften der Behandlung und Substitution Heroinabhängiger viel ändern.

KEIN REGISTER ÜBER DROGENKONSUM

Wir lehnen verdachtsunabhängige Drogentests - außer für besonders gefährliche Berufe und Tätigkeiten - als generelles Einstellungskriterium ab. Register über Drogenkonsum dürfen nicht geführt werden. Der Willkür beim Führerscheinentzug muss ein Ende gesetzt werden. Als Kriterium für den Entzug der Fahrerlaubnis müssen wissenschaftlich abgesicherte Grenzwerte für Wirkstoffkonzentrationen festgelegt werden, die eine akute Fahruntüchtigkeit nachvollziehbar definieren.